

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

06.07.2020

Politische Augenwischerei bei „unbegleiteten minderjährigen Ausländern“

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 waren in Bayern 3.873 junge Ausländer im System der Jugendhilfe untergebracht. Davon waren 1.396 Minderjährige (sogenannte „unbegleitete minderjährige Ausländer“, kurz: UMA) und 2.477 junge Volljährige (ehemalige UMA). Dies erfuhr der AfD-Landtagsabgeordnete Martin Böhm auf Anfrage von der Staatsregierung. Die Hauptherkunftsländer bzw. -regionen im Jahr 2019 waren Afghanistan (32 Prozent) sowie fünf schwarzafrikanische Staaten (insgesamt 24 Prozent). Im Regierungsbezirk Oberfranken belief sich die Zahl der Minderjährigen (UMA) am Jahresende 2019 auf 116 und die der Volljährigen (Ex-UMA) auf 130.

„Was die Altparteien beim Thema der unbegleiteten minderjährigen Ausländer gegenüber der Öffentlichkeit betreiben, ist reine Augenwischerei“, kommentierte Böhm die Antwort. „Wie die Zahlen zeigen, sind bayernweit nur noch 36 Prozent der von den Jugendämtern betreuten Ausländer wirklich minderjährig, in Oberfranken sind es 47 Prozent. Weshalb spielt das eine Rolle? Ganz einfach: Die Kosten für von Jugendämtern betreute Ausländer sind bis zu fünfmal so hoch wie die Kosten für die reguläre Versorgung eines erwachsenen Asylsuchenden.“ Für den Abgeordneten ist die Sache klar: „Ich fordere die Verantwortlichen nachdrücklich auf, die Betreuung Volljähriger durch die Jugendämter auf klar begründete Ausnahmen zu beschränken und ansonsten äußerst zurückhaltend zu handhaben.“

Überrascht war Böhm, dass die Staatsregierung nicht in der Lage war, die gewünschte Spezifizierung der Zahlen nach Altersgruppen und Geschlecht vorzunehmen. In den jährlichen Berichten der Bundesregierung zur Situation unbegleiteter Minderjähriger in Deutschland ist eine solche Aufteilung kein Problem.

Positiv registrierte der AfD-Abgeordnete, dass sich die Staatsregierung in der Frage der Altersfeststellung der UMA für bundeseinheitliche Standards einsetzt und sich dabei auf die Expertise der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin (DGFR) in Fragen der forensischen Altersdiagnostik stützt. Diese umfasst unter bestimmten Umständen auch das Röntgen von linker Hand und Kieferregion.

Ein bayerisches „Landesaufnahmeprogramm“ für Kinder und Jugendliche aus griechischen Flüchtlingslagern analog zu entsprechenden Plänen in Thüringen oder Berlin plant die Staatsregierung eigenen Angaben zufolge „derzeit“ nicht.

„Das sollte auch so bleiben“, meint Martin Böhm. „Wir dürfen nicht vergessen, dass unser Land in den vergangenen fünf Jahren europaweit die Hauptlast der illegalen Migration getragen hat. Wenn schon immer von ‚Solidarität‘ die Rede ist, wäre es hoch an der Zeit, dass andere EU-Länder sich auch mal solidarisch uns gegenüber zeigen.“